



INHALT JUNI 2009

SEITE 1

EU-ERWEITERUNG EIN ÖKONOMISCHER GEWINN

IAB-Studie zu den Folgen der EU-Osterweiterung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

ZAHLENWERK

Ausländische Bevölkerung aus den 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten in EU-15-Ländern

WAHL ZUM EUROPA-PARLAMENT

SEITE 2

MODULE FÜR CHANCENGLEICHHEIT

Neue Handreichung für die Schulung von Multiplikatoren erschienen

STAMMTISCH-AUSFLUG

Rheinbahn-Beschäftigte besuchen Moschee in Duisburg-Marxloh

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR GLEICHBEHANDLUNG

DGB Bildungswerk legt Module zur Bildungsarbeit vor

NEUE EU-WEBSITE

Integration von Drittstaatsangehörigen

SEITE 3

ANFORDERUNGEN AN MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Gemeinsames Positionspapier vom DGB, Interkulturellem Rat, und Pro Asyl zu den Wahlen 2009

MIGRATION UND INTEGRATION

Positionen der Parteien zur Wahl zum Europäischen Parlament

SEITE 4

UNSER BEITRAG ZUR INTEGRATION KANN SICH SEHEN LASSEN

Kommentar von Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie

EU-ERWEITERUNG EIN ÖKONOMISCHER GEWINN

IAB-Studie zu den Folgen der EU-Osterweiterung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Am 1. Mai 2004 sind acht mittel- und osteuropäische Länder (NMS-8) der EU beigetreten. Für die Arbeitnehmerfreizügigkeit kann von den alten EU-Ländern eine Übergangsregelung (2+3+2 Jahre) geltend gemacht werden, in der die Freizügigkeit ausgesetzt ist. (Die ebenfalls zu dem Zeitpunkt beigetretenen Länder Malta und Zypern fallen nicht unter die Regelung.) Anlässlich des Beginns der dritten Phase – also die letzten zwei Jahre – hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit zusammen mit fünf anderen Forschungsinstituten die Auswirkungen der Osterweiterung

und der Übergangsfristen untersucht. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse wurde jetzt in einem IAB-Kurzbericht vorgelegt.

In den ersten vier Jahren der Erweiterung ist die in den alten EU-Ländern lebende Bevölkerung aus den NMS-8 von 0,9 auf 1,9 Millionen gestiegen. Simulationsrechnungen zufolge steigt durch die Arbeitsmigration zwischen 2004 und 2007 ausgelöst das Bruttoinlandsprodukt kurzfristig um 0,1, langfristig um 0,2 Prozent – etwa 24 Milliarden Euro. Die Einkommen der einheimischen Bevölkerung sinken kurzfristig, steigen langfristig aber wieder an. Die Arbeitslosigkeit steigt kurzfristig an, sinkt dann aber wieder.

Insgesamt sieht die Studie die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes



für Zuwanderer aus den NMS-8 positiv.

Der IAB-Kurzbericht „Positive Effekte durch Arbeitsmigration“ kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de
arbeitsmigration_nms8](http://www.migration-online.de/arbeitsmigration_nms8)

ZAHLENWERK

Ausländische Bevölkerung aus den 2004 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten in EU-15-Ländern

	2003	2004	2005	2006	2007
Belgien	16.151	19.524	25.638	32.199	49.918
Dänemark	9.807	11.635	14.282	16.527	22.146
Deutschland	480.690	438.828	481.672	525.078	554.372
Finnland	15.825	16.459	18.266	20.801	23.957
Frankreich	33.858	43.138	36.237	44.181	36.971
Griechenland	16.413	15.194	19.513	18.357	20.257
Irland	k. A.	43.500	94.000	147.900	178.504
Italien	54.665	66.159	77.889	91.318	117.024
Luxemburg	1.574	2.278	3.488	4.217	5.101
Niederlande	13.048	17.814	21.155	28.344	36.317
Österreich	60.255	68.933	77.264	83.978	89.940
Portugal	k. A.				
Schweden	21.147	23.257	26.877	33.757	42.312
Spanien	46.710	61.830	77.772	100.832	131.118
Vereinigtes Königreich	122.465	120.999	219.797	347.468	609.415

Daten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

WAHL ZUM EUROPAPARLAMENT

Am 7. Juni 2009 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Menschen mit einem Pass aus einem Mitgliedstaat der EU

sind wie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland wahlberechtigt. Sie müssen sich in ihrer Gemeinde in ein Wählerverzeichnis eintragen lassen. Wer sich bereits bei der

Europawahl 2004 hat eintragen lassen, wurde automatisch benachrichtigt. Einen Überblick über die Aussagen der Parteien in ihren Wahlprogrammen zu EU-Wahl lesen Sie auf Seite 3.

MODULE FÜR CHANCENGLEICHHEIT

Neue Handreichung für die Schulung von Multiplikatoren erschienen



60

„Module für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung“ ist der Titel einer jetzt erschienenen Handreichung des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Darin werden Seminarmodule zur Chancengleichheit und gegen Diskriminierung vorgestellt, die dazu dienen, Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in der Arbeitswelt für strukturelle und alltägliche Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund zu sensibilisieren. Davon ausgehend werden Möglichkeiten aufgezeigt, durch ihre Arbeit Chancengleichheit umzusetzen.

Der modulare Aufbau der Seminare ermöglicht es, die Kurse flexibel als Wochenkurse, oder auch als Mehrtages- oder Tagesveranstaltung durchzuführen. Die Seminare zielen auf Menschen, die damit betraut sind, die Chancen von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In der Praxis sind das Betriebs- und Personalräte, Vertraulente, Jugend- und Auszubildendenvertreter, daneben Personalverantwortliche, Verantwortliche für die Fort- und Weiterbildung sowie Menschen, die in der Beratung tätig sind, etwa Sozialberatung, Personal- und Organisationsberatung, Migrationserberatung.

Die Inhalte der vorliegenden Module sollen informieren und zur Kompetenzentwicklung der Teilnehmenden beitragen. Ziel ist es, die Urteilskompetenz, die Handlungskompetenz und die Methodenkompetenz zu fördern. Die Module wurden im Rahmen des Xenos-Projekts 2. Chance entwickelt.

Im Internet kann die Handreichung heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
hr_chancengleichheit](http://www.migration-online.de/hr_chancengleichheit)

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR GLEICHBEHANDLUNG

DGB Bildungswerk legt Module zur Bildungsarbeit vor

Der rechtliche Schutz gegen Diskriminierung ist durch das Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im August 2006 deutlich verbessert worden. Allerdings war der Schutz vor Diskriminierung auch vorher schon in Gesetzen festgeschrieben. So sehen das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze eine Gleichbehandlung vor, die oft noch durch entsprechende Betriebsvereinbarungen unterstrichen werden.

Allerdings können Gesetze keinen umfassenden Diskriminierungsschutz garantieren. Menschen mit Migrationshintergrund erleben im Alltag oft Benachteiligungen bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, auf dem Amt

oder beim Besuch von Gaststätten. Die jetzt vom Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk vorgelegten Module informieren deshalb nicht nur über gesetzliche Regelungen, sondern bieten Seminare an, in denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lage versetzt werden, Strategien gegen Diskriminierung in ihrem Arbeitsbereich zu entwickeln. Zunächst lernen sie, Diskriminierungs-tatbestände zu erkennen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Um dies in den konkreten Berufsalltag transferieren zu können, entwerfen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Handlungsstrategien für ihre Situation.

Das Grundkonzept der Seminare wurde im Rahmen der Kampagne „For Diversity – Against Discrimination“ entwickelt und durch die Europäische Kommission gefördert. Weiterentwickelt sowie zielgruppen- sowie regiospezifisch durchgeführt wurden

STAMMTISCH-AUSFLUG

Rheinbahn-Beschäftigte besuchen Moschee in Duisburg-Marxloh

Vor Kurzem traf sich wieder einmal der Stammtisch der Düsseldorfer Rheinbahn, um einen Ausflug zu machen. Aber ebenso untypisch wie der Stammtisch war das Ausflugsziel. Es ging nach Duisburg-Marxloh in die größte Moschee Deutschlands, die Merkez-Moschee der türkisch-islamischen DITB-Gemeinde.

Die Moschee im Norden Duisburgs gilt als eine Art Vorzeigeprojekt für Integration und Dialog der Kulturen. „Raus aus den Hinterhöfen“ und die Begegnung suchen – das ist das erklärte Ziel. Wobei die Begegnung auf Augenhöhe stattfinden soll. Der Vorsitzende des Moschee-Vereins zeigte den Gästen von der Rheinbahn die Moschee, erklärte einige Grundlagen des Islam und stand Rede und Antwort.

Die Moschee umfasst rund 2.500 Quadratmeter und ist gleichzeitig Gotteshaus wie Begegnungsstätte, was für Moscheen in der arabischen Welt ohnehin typisch ist: Gebet mit

anschließendem Picknick, umschrieb vor Kurzem ein Student seine Erfahrungen mit Moscheen in Damaskus. Das Picknick fiel in Duisburg-Marxloh recht üppig aus, es war ein türkisches Abendessen.

Eines bleibt noch zu erwähnen: Der Stammtisch ist der Interkulturelle Stammtisch der Rheinbahn, der sich in unregelmäßigen Abständen trifft. Gegründet wurde er im Mai 2003 als eine Folge eines interkulturellen Trainings, das vom Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk durchgeführt wurde. Da lässt sich wohl das leicht abgegriffene Etikett nachhaltig anheften.

Wer wissen möchte, wie man eine solche Kontinuität sicherstellt, kann sich informieren bei:
Christian Staudinger-Napp
christian.staudinger-napp@rheinbahn.de

Interkulturelle Trainings durch das DGB Bildungswerk:
Ansprechpartner: Daniel Weber
daniel.weber@dgb-bildungswerk.de
Telefon 02 11/43 01-1 97

NEUE EU-WEBSITE

Integration von Drittstaatsangehörigen

Seit Kurzem ist eine neue Website der EU-Kommission online, die das Ziel verfolgt, die Integration von Drittstaatsangehörigen zu verbessern. Dort gibt es Informationen aus ganz Europa und gleichzeitig die Möglichkeit, sich über bewährte Ansätze auszutauschen, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen und den Kontakt zu anderen Aktiven zu suchen und aufrechtzuerhalten. Parallel dazu wurde das Europäische Integrationsforum online gestellt, das Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen Gelegenheit bietet, sich zu Fragen der Migrations- und Integrationspolitik zu äußern und untereinander zu diskutieren. Die Seite ist nicht allgemein zugänglich.

Die Adresse der neuen Website:
www.integration.eu



61

ANFORDERUNGEN AN MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Gemeinsames Positionspapier vom DGB, Interkulturellem Rat, und Pro Asyl zu den Wahlen 2009

Die anstehenden Wahlen im Jahr 2009 werden im Zeichen der globalen Wirtschaftskrise und ihrer Folgen stehen. Im Einzelnen geht es dabei darum, welche Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur bei gleichzeitiger Sicherung und Stärkung sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts ergriffen werden. In einem gemeinsamen Positionspapier des Interkulturellen Rats, Pro Asyl und

des Bereichs Migrations- und Antirassismuspolitik beim DGB Bundesvorstand wenden sich die drei Organisationen gegen Konzepte, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzen. Sie sind überzeugt – so wörtlich in dem Positionspapier –, „dass in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft die anstehenden Herausforderungen besser bewältigt werden können als mit einer Politik, die nationale Egoismen in den Vordergrund stellt“.

Vor diesem Hintergrund werden zehn Anforderungen an die deutsche und europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik formuliert, die in Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands und dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften erarbeitet wurden.

Zusammenfassend kommen die Herausgeber zur Auffassung: „Wenn Deutschland und die Europäische Union zukunftsfähig sein wollen, muss Einwanderung gestaltet, Integration gefördert, Partizipation ausgeweitet und der Flüchtlingschutz verbessert werden. Rassismus und Diskriminierung müssen bekämpft werden. Die Politik hat die entsprechenden Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.“

Im Internet kann das Positionspapier heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/positionspapier_wahlen_2009

MIGRATION UND INTEGRATION

Positionen der Parteien zur Wahl zum Europäischen Parlament

In den Programmen der Parteien für die Wahlen zum Europäischen Parlament wird das Themenfeld Migration, Integration knapp, zum Teil sehr knapp behandelt. Eine Ausnahme bildet dabei Bündnis 90/Die Grünen, die ausführlicher Forderungen in einem insgesamt viel ausführlicheren Programm aufstellen und begründen.

Extrem knapp fasst sich die FDP. In einer Spiegelstrichparade fordert sie an einem Punkt „die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht in allen Staaten der EU zu gewährleisten und eine Inanspruchnahme auch tatsächlich zu ermöglichen“ (FDP, S. 39). Das ist es aus liberaler Sicht.

Nicht sonderlich länger braucht die CSU für das Thema: „Wir setzen uns für eine verstärkte praktische Zusammenarbeit in der EU bei der Asyl- und Einwanderungspolitik ein, bestehen aber darauf, dass die Mitgliedstaaten das letzte Wort haben, wer ins Land darf und wer nicht ... Damit der Schutz Europas aber nicht ausgenutzt wird, sind wir für ein schnelles Vorgehen gegen illegale Einwanderer, wie es in der EU-Rückführungsrichtlinie festgelegt wurde.“ (CSU, S. 13) Man könnte auch die Forderung nach weiterer Vereinfachung der europaweiten Anerkennung von Bildungsabschlüssen

(vgl. CSU, S. 8) dem Thema zuordnen. Das war's dann aber auch.

Die CDU braucht auch nicht sonderlich viel Platz. Sie verweist auf zwei inhaltliche Ansätze der Regierungspolitik, die ausgebaut werden müssen. Der eine: „Der Kampf gegen illegale Migration kann nur ein Teil eines europäischen Gesamtansatzes zur Steuerung und Begrenzung von Migration Erfolg haben. Daher wurde im Jahr 2008 der ‚Europäische Pakt zu Migration und Asyl‘ beschlossen, den wir mit Leben erfüllen müssen.“ (CDU, S. 11) Der andere Ansatz: Hilfe der Blue Card sei ein erster Schritt unternommen worden, um Anreize für gut qualifizierte Menschen zu schaffen, „damit sie in Bereichen arbeiten können, in denen die europäische Wirtschaft und Forschung sie benötigen“. (CDU, S. 11)

Letzteres sieht der Koalitionspartner SPD ähnlich mit etwas stärkerem Handlungsbedarf: „Insbesondere muss die EU hoch qualifizierten Migrantinnen und Migranten deutlich attraktive Angebote zu einer Arbeitsaufnahme in Europa unterbreiten.“ (SPD, S. 13) Den Pakt zu Migration und Asyl erwähnt die SPD nicht. Allerdings benennt sie als Ziel einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik: „Neben den ökonomischen Interessen der EU müssen jedoch gleichermaßen entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aspekte sowie die Interessen der Herkunftsänder und der Migrantinnen und Migranten Beachtung finden.“ (SPD, S. 13) Da das auch das proklamierte

Ziel des Pakts ist, kann man annehmen, dass die SPD dem Pakt das nur bedingt zutraut.

Auch die Grünen sprechen den Pakt zu Migration und Asyl nicht unmittelbar an. Ähnlich wie die SPD mahnt sie inhaltlich das an, was der Pakt anzustreben vorgibt: „Wir fordern: legale und dauerhaft angelegte Wege für die Einwanderung in die EU. Wir wollen ein stimmiges Gesamtkonzept der EU, mit dem Fluchtursachen entgegengewirkt und gleichzeitig das Abwandern von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verhindert werden kann.“ (Grüne, S. 23)

Die Linke bezieht sich auf den Pakt zu Migration und Asyl über die Frage zirkuläre Migration, die Teil des Pakts ist: „Deshalb lehnt Die Linke die neue ‚Gastarbeiterpolitik‘ in Form von ‚zirkulärer Migration‘ ab.“ (Die Linke, S. 22) Anforderungen an eine europäische Einwanderungspolitik werden allerdings nicht genannt.

Bei der Frage der Verhinderung der Zuwanderung von Menschen ohne Papiere sehen die Parteien der Großen Koalition die europäische Grenzschutzagentur als wichtiges Mittel. So heißt es zum Beispiel bei der SPD: „Um illegale Einwanderung wirksam zu begrenzen, befürworten wir eine weitere Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur.“ (SPD, S. 13) Das genaue Gegenteil will Die Linke: „Deshalb fordert Die Linke die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX.“ (Die Linke, S. 21) Stattdessen fordert sie „eine humanitäre

Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht“. (Die Linke, S. 21)

Die Grünen pochen auf eine Sicherstellung „der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit“ in der Flüchtlingspolitik, wobei ein erster Schritt wäre, „dass Personen, die unter FRONTEX-Kommando im Einsatz sind, unverzüglich und längst überfällig eine adäquate Menschen- und Grundrechteausbildung im Umgang mit Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen erhalten“. (Grüne, S. 119) Auch verweisen die Grünen darauf, dass auch jenseits der Zwölf-Meilen-Zone die Genfer Flüchtlingskonvention gilt, aufgegriffene Menschen also das Recht auf einen Asylantrag haben.

Dass Migration von Integration begleitet werden muss, ist eine Erkenntnis, die sich zumindest so weit durchgesetzt hat, dass CDU, SPD, Grüne und Linke dies thematisieren.

Die Wahlprogramme stehen im Internet unter:

www.migration-online.de/eu_wahl_b90_die_gruenen
www.migration-online.de/eu_wahl_cdu
www.migration-online.de/eu_wahl_csu
www.migration-online.de/eu_wahl_die_linke
www.migration-online.de/eu_wahl_fdp
www.migration-online.de/eu_wahl_spd

FORUM MIGRATION 6

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 50848

UNSER BEITRAG ZUR INTEGRATION KANN SICH SEHEN LASSEN

KOMMENTAR

Michael Vassiliadis, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Bergbau, Chemie, Energie



Foto: Cintula

Die Auswirkungen der Globalisierung, die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Binnenmarkt, alte sowie neue Migrationsströme bewirken fortschreitende Wandlungsprozesse in den Bevölkerungen der EU-Staaten: Wir werden immer vielfältiger und bunter. In einer solchen Welt der Vielfalt sind interkulturelle Kompetenzen immer stärker gefragt, denn die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Religionen und Ethnien in der Gesellschaft stellen hohe Anforderungen an uns alle; sowohl an unsere Bereitschaft zum konstruktiven Austausch, zum Gespräch und zur Begegnung als auch an unsere Fähigkeit, darin Werte zu erkennen und mit ihnen wertschätzend umzugehen. Insbesondere geht es um die Einsicht der Bereicherung und des Nutzens durch Vielfalt. Es geht darum, kulturelle Gemeinsamkeiten zu erkennen und Unterschiede zu akzeptieren. Nur so können wir die Chancen, die sich aus der Vielfalt ergeben, nutzen.

Das gilt für die Menschen aller Mitgliedstaaten der EU, so auch für jene in Deutschland. Hier leben derzeit etwa 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus rund 200 Herkunftsstaaten, das sind etwa 19 % der Gesamtbevölkerung. Bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anteil mehr als ein Viertel. Jedes dritte Kind in

Deutschland unter sechs Jahren hat einen Migrationshintergrund.

Wir müssen deshalb alles dafür tun, um Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in die Lage zu versetzen, sich in einer globalisierten, komplexen Welt sicher bewegen zu können, zueinander zu finden und ihre Begegnungen als Bereicherung von großem Nutzen zu begrüßen. Sie sind gemeinsam die zukünftige Bevölkerung dieses Landes.

Es kann aber nicht sein, dass ein Teil dieser zukünftigen Bevölkerung mit deutlich schlechteren Startchancen ins Leben geht. Es kann nicht hingenommen werden, dass 36,6 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwischen 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung sind. Es ist Aufgabe der Politik, junge Menschen, die es schwerer haben als andere, gezielt zu fördern.

Dass seitens der Politik nach wie vor Handlungsbedarf besteht, kann nicht heißen, dass wir warten, bis sich mehr bewegt. Alle sind in der Pflicht, ihren Teil beizutragen. Wir als IG BCE haben wichtige Beiträge geleistet.

Bereits 1977 hat die IG BCE in einem Tarifvertrag mit dem Bundesarbeiterverband der chemischen Industrie vereinbart, besonders Jugendliche ohne Schulabschluss zu fördern. Darunter waren viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Mit der Tarifrunde 2000 wurde diese Regelung angepasst. Mit der beschlossenen Initiative „Start in den Beruf“ werden Schulabgänger, denen die Voraussetzung für die Aufnahme einer Ausbildung fehlt, für eine reguläre Ausbildung im dualen System fit gemacht.

Finanziert wird das durch einen Fonds, der von Beiträgen der IG BCE und des Bundesarbeiterverband Chemie gespeist wird. Die Ergebnisse der Förderung sprechen für sich – der größte Teil der Jugendlichen wurde in

eine reguläre Ausbildung übernommen und von denen beendeten 80% ihre Ausbildung in den Betrieben. Bis 2007 wurden rund 1.400 Jugendliche gefördert. Rund die Hälfte aller geförderten Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund.

Auch der im Jahre 2003 mit dem BAVC abgeschlossene Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ ist Beispielhaft. Ziel ist, den Stellenwert der beruflichen Ausbildung und ein möglichst hohes Ausbildungsniveau zu erhalten. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2007 neu verhandelt und bis 2010 verlängert. Dabei haben wir festgelegt, dass in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 8.400 Ausbildungsplätze angeboten werden.

Mit unserer vor Kurzem gestarteten „Offensive Bildung“ streben wir in allen Bildungsbereichen grundlegende Veränderungen an. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Bildung ein wichtiger Schlüssel für die Verhinderung einer neuen sozialen Ungleichheit ist. In diesem Zusammenhang haben wir Leitsätze formuliert, in deren Mittelpunkt „Gleiche Chancen in der Bildung“ unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft stehen. In einer Handreichung haben wir entsprechende Handlungsfelder und Empfehlungen zusammengestellt.

Natürlich kann man sich wünschen, wir hätten das eine oder andere noch mehr erreicht. Aber unser Beitrag zur Integration – so meine ich – kann sich sehen lassen. Das heißt nicht, dass wir uns darauf ausruhen werden – ganz im Gegenteil.

Ende Mai 2009 wurde Michael Vassiliadis vom Hauptvorstand der IG BCE zum Kandidaten für den Vorsitz nominiert. Im Oktober findet der Gewerkschaftstag statt. Die Wahl von Michael Vassiliadis gilt als sicher. Der derzeitige Vorsitzende Hubertus Schmoldt kandidiert nicht mehr.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium des Innern



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich